

# Naturschützer wenden sich gegen „tote Gärten“

■ BUND-Geschäftsführer Patrick Maier hofft auf Einsehen der Eigentümer.  
■ Beispielhafte Diskussion in Kelttern: Gemeinde soll vorangehen.

PETER MARX  
PFORZHEIM/ENZKREIS/KELTERN

Ministerpräsident Winfried Kretschmann findet sie „fürchterlich“ und Christin Grüne charakterisierte sie jüngst im Kelterner Gemeinderat als „Gärten des Grauens“: Die Rede ist von Stein- und Kiesflächen, die summarisch gerne als Schottergärten bezeichnet werden und in den zurückliegenden Jahren in Mode gekommen sind. Wobei in der Vergangenheit auch so manch öffentliche Fläche eingeschottert wurde. Deshalb gab es auch aus der Mitte des Kelterner Gemeinderats den Hinweis, die Kommune möge zuerst selbst mit gutem Beispiel vorangehen, um dann im persönlichen Gespräch mit Schottergarten-Fans eine Lösung zu erzielen.

## Mehr Artenschutz per Gesetz

Die grün-schwarze Landesregierung hat jüngst ihren Gesetzentwurf für mehr Artenschutz im Parlament eingebracht. Darin geht es um weit mehr als Schottergärten. Doch unterstrichen wird ein weiteres Mal: Diese Anlagen sind nicht zulässig. So der Hinweis aus dem Umweltministerium. Allerdings sei dieser Umstand vielen nicht bekannt.

Die Redaktion sprach mit dem neuen BUND-Regionalgeschäftsführer Patrick Maier. Dieser betont: „Schottergärten zeigen in eklatanter Weise eine Abschottung des Menschen vor der Umwelt im Vorgartenformat.“ Sie stellen eine Individualentscheidung gegen die Natur dar. Die Gründe dafür seien vielschichtig, so Maier: „Manche führen optisch Aspekte an, andere hoffen auf einen geringen Pflegeaufwand.“ In Baden-Württemberg würden rechnerisch laut Statistischem Landesamt jeden Tag rund 4,5 Hektar für Siedlungs- und Verkehrsflächen verbraucht. Das an sich sei schon bedenklich, reduzierten sich so doch kontinuierlich die Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Maier weiter: „Schottergärten sind ökologisch tot und verschlimmern die Situation nochmals. Im Klimawandel sorgen sie für eine zusätzliche Aufheizung und wenn Teichfolien für den Bau verwendet wur-



Ein Topf mit Erde steckt in einer angedeuteten Schubkarre in einem Vorgarten mit Kieselsteinen. Solche Schottergärten sind Behörden und Umweltschützern ein Dorn im Auge. SYMBOLFOTO: CARMEN JASPERSEN/DPA-ARCHIV



Besser macht es Familie Machui in Neuenbürg mit ihrer Blühwiese im Garten. Eine Freundin hat der PZ das Bild zugeschickt mit den Worten: „Es ist so wunderschön, es zaubert sofort ein Lächeln und ein schönes Gefühl, wenn man diese Pracht sieht.“ FOTO: PRIVAT



„Schottergärten sind ökologisch tot und verschlimmern die Situation nochmals. Im Klimawandel sorgen sie für eine zusätzliche Aufheizung und wenn Teichfolien für den Bau verwendet wurden, kann Regenwasser nicht mehr versickern und landet in der Kanalisation.“

PATRICK MAIER, Geschäftsführer  
BUND Nordschwarzwald

de, kann Regenwasser nicht mehr versickern und landet in der Kanalisation.“

In der Naturschutzstrategie von Baden-Württemberg werde der Naturschutz als Querschnittsaufgabe definiert. Zentrales Ziel sei es, den „Verlust der biologischen Vielfalt in Baden-Württemberg vollständig zu stoppen“. Der BUND begrüße diese Selbstverpflichtung, so der Regionalgeschäftsführer: „Im Hinblick auf den Artenschutz finden wir es gut, dass die Landesregierung das Thema Schottergärten aufgegriffen hat und in der geplanten Gesetzesnovelle nochmals klarstellen möchte, was eigentlich sowie so schon gilt: Schottergärten sind verboten.“ Skeptisch sei man allerdings, was die Umsetzung anbelange.

## Verwaltungen in der Pflicht

Auf Grundlage der Landesbauordnung müssten alle Schotterflächen, die nach 1990 gebaut wurden, von den Hauseigentümern beseitigt oder umgestaltet werden. In der Realität betrifft das fast alle. Die Verwaltungen vor Ort seien dazu verpflichtet, geltendes Recht gegen mögliche Einwände der eigenen Bevölkerung durchzusetzen und müssten Schottergärten nachträglich formal legitimieren. Sicherlich sei erhebliches Fingerspitzengefühl nötig, um den Dorffrieden zu gewährleisten. Was gar nicht angehe sei, dass auch jetzt noch aktuell angelegte Schottergärten mit einem wie auch immer gearteten Bestandsschutz versehen würden. Die zuständigen Behörden forderte Maier zum Handeln auf.



Energiewende rückwärts: Die aktuelle Gesetzeslage könnte dafür sorgen, dass Fotovoltaik-Anlagen von Dächern verschwinden, obwohl sie noch über Jahre Strom liefern könnten. FOTO: PLEUL/DPA-ARCHIV

# Unsichere Zeiten für alte Solaranlagen

■ Einspeisevergütung läuft nach 20 Jahren aus – auch in der Region droht technisch fitten Anlagen das wirtschaftliche Aus.

SVEN BERNHAGEN  
PFORZHEIM/BIRKENFELD

Eine Lücke im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefährdet den Weiterbetrieb von Solaranlagen, die älter als 20 Jahre sind. Darauf weist der Pforzheimer Solarpionier Markus Elsässer, Geschäftsführer der Solar Promotion GmbH, hin: „Leider ist es auch in Pforzheim so, dass einige der größten Fotovoltaik-Anlagen, die sich überwiegend auf städtischen Dächern befinden, zum Jahresende abgebaut werden müssen, obwohl viele noch voll funktionsfähig sind.“ Betroffen seien aber auch kleine Anlagen von Privatleuten, die aus technischer Sicht gut und gerne noch zehn Jahre sauberen Strom erzeugen könnten.

Einer aktuellen Studie des Umweltbundesamts zufolge fallen Ende 2020 rund 18100 Fotovoltaikanlagen aus der Förderung. Bis Ende 2025 werden es weitere 176 600 sein. Mit ihnen könnte eine Grundleistung von bis zu zwei Gigawatt für umweltfreundlichen Strom wegfallen.

## Batteriespeicher oft nötig

Grund sei, dass nach 20 Jahren die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung auslaufe. Wer seinen Strom dann weiter ins Netz leiten wolle, brauche neue, teure Zähler oder müsse sich einen Direktvermarkter suchen. Die hätten aber an kleinen Anlagen kaum Interesse. Oder man müsse den erzeugten Strom im Gebäude selbst verbrauchen, so Elsässer.

Um die Überschüsse aufzufangen ist Experten zufolge dafür aber meist ein Batteriespeicher notwendig – was sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wiederum häufig nicht rechne. Elsässer selbst hat mit dem Förderverein Solar- und Energieagentur Nordschwarzwald nach der Einführung des EEG im Jahr 2000 zahlreiche Fotovoltaikanlagen in der Region initiiert. So seien in Pforzheim etliche von Privatleuten oder Firmen gemeinschaftlich finanzierte Solarkollektoren auf städtischen Dächern – beispielsweise auf Schulen – installiert worden. Ohne rentable Einspeisemöglichkeit bliebe auch hier künftig nur der Eigenverbrauch.

„Dies geht aber nur, wenn die Gebäudeeigentümer dies unterstützen, was im Fall der Stadt Pforzheim bei allen uns bekannten Anlagen derzeit nicht der Fall ist“, so Elsässer. So werde es voraussichtlich zur Demontage kommen, sollte es der Bund nicht schaffen, zeitnah eine geeignete Anschlussregelung zu treffen. „Und danach sieht es gerade nicht aus“, so Elsässer.

## Von Abschaltung bedroht

Auf gemeindeeigenen Dächern hat auch die Bürgerenergiegenossenschaft Birkenfeld (BEG) ihre vier Solaranlagen. Bedroht von einer Abschaltung sind sie aber laut Jürgen Feuerbacher, BEG-Vorsitzender und Grünen-Gemeinderat, nicht – zumindest noch nicht. „Unsere Anlagen sind von 2011, womit es an der Stelle keine Probleme gibt“, so Feuerbacher, der trotz dieser Tatsache kritisiert: „Was ich schade finde, ist, dass die Politik den Erneuerbaren und speziell der Fotovoltaik, welche in der Bevölkerung eine sehr große Akzeptanz findet, Steine in den Weg legt.“

Im privaten Bereich, auf Industriehallen und kommunalen Gebäuden gebe es riesige Dachflächen, „die als Kraftwerke dezentral einen großen Beitrag zur Energiewende leisten könnten“, so Feuerbacher. Der Gesetzgeber müsse nur ein Feld bereiten, „um Fotovoltaikanlagen mit auskömmlichen Modellen ans Netz zu bringen.“

## Heimsheim barrierefrei

HEIMSHHEIM. Wie der Stadtseniorenrat Heimsheim gestern mitteilte, kann es mit „Barrierefreie Stadt Heimsheim“ nach der coronabedingten Pause weitergehen. So waren die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Barrierefrei“ gezwungen, die Aktion „Seniorenfreundliches Einkaufen“ abzusagen. Stattdessen lädt der Verein zu einer Begehung entlang der Mönzheimer Straße ein. Mit Unterstützung von Alexander Lang und anhand von Checklisten soll der Zustand an der stark frequentierten Straße erfasst und Lösungen angeregt werden. pm

Treffpunkt ist am Mittwoch, 22. Juli, 10 Uhr am Marktplatz Heimsheim. Weitere Informationen unter [www.heimsheimersenioren.de](http://www.heimsheimersenioren.de)

# Mit Ökostrom durch Kämpfelbach

■ Kämpfelbach hat nun zwei Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Ersingen und Bilfingen.

MARTIN SCHOTT | KÄMPFELBACH

„Wir können jetzt in den beiden Kämpfelbacher Ortsteilen Ersingen und Bilfingen Ladestationen für Elektrofahrzeuge anbieten. Das ist ein ganz wichtiger Schritt zur Verbesserung der Infrastruktur, um die Elektromobilität attraktiver zu machen“, sagte Bürgermeister Udo Kleiner beim symbolischen „Anzapfen“ mit Kommunalberater Tino Sturz von der EnBW-Tochtergesellschaft Netze BW.

Die EnBW hat die Stationen geliefert und betreibt sie mit 100 Prozent Ökostrom. Die eine E-La-



Den Startschuss zum E-Tanken an öffentlichen Ladestationen geben Bürgermeister Udo Kleiner (rechts) und EnBW-Kommunalberater Tino Stutz. FOTO: SCHOTT

desäule ist auf dem Ersinger Rathausparkplatz an der Keltterstraße eingerichtet. In Bilfingen kann in Kürze auf dem Parkplatz bei der Weinbrennerkelter Ladestrom gezapft werden. Parkplatzsuchende

sollten die beiden Lade-Parkplätze für potenzielle Nutzer frei halten. Das Falschparken dort stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Wie Stutz berichtet, können die leistungsstarken E-Ladestationen die Elek-

troautos über ihre Wechselstromanschlüsse vom Typ 2 mit bis zu 22 Kilowatt Leistung aufgeladen werden. „Bei neueren E-Fahrzeugen bringt eine halbe Stunde Laden bereits eine Reichweite von bis zu 50 Kilometern“, versichert der Kommunalberater. Eine volle Ladung koste etwa acht Euro.

Der Kundenzugang zu den Ladestationen erfolgt am einfachsten mit der „EnBW mobility+“ App oder mittels handelsüblicher RFID-Karten, die auch bei den Nutzern aus dem europäischen Ausland verbreitet sind. Laut Tino Stutz bietet die App zudem die Möglichkeit, mit dem Smartphone an allen Stationen des Energieversorgers und weiteren knapp 40000 Ladepunkten des größten Ladernetzes in Deutschland, Österreich und in der Schweiz aufzuladen und zu bezahlen.

## Markt wird abgesagt

STRAUBENHARDT. Aufgrund der Corona-Lage sagt die Gemeinde Straubenhardt den Naturpark-Markt am Sonntag, 4. Oktober, in Feldrennach ab. Dazu riet auch der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord. Bis 31. August waren bereits alle Naturpark-Märkte in der Region abgesagt worden, weitere Städte und Gemeinden ziehen eine Absage für Herbst in Betracht. Laut der aktuellen Corona-Verordnung sind Veranstaltungen mit über 500 Teilnehmern bis zum 31. Oktober untersagt. Ein Angebot von kunsthandwerklichen Produkten und kulinarischen Ständen würde es zudem nicht geben, der Markt wäre nicht mehr das, was ihn als Marke auszeichnet. 2021 soll der Naturpark-Markt wieder in Feldrennach stattfinden. pm